

Haft entlassen, die politischen Rechte blieben ihm aber für zwei weitere Jahre entzogen, siehe C.a., 1996/5, S.476-477), hat sich im Juni gegenüber der ausländischen Presse kritisch gegenüber dem mangelnden politischen Reformwillen der Parteiführung geäußert. (IHT, 3.6.1998; SCMP, 4.6.1998)

Bao forderte nicht nur eine Neubewertung der Ereignisse von 1989, sondern bezeichnete die militärische Niederschlagung der Protestbewegung auch als „Tragödie“ und Schandfleck für die politische Lebensleistung Deng Xiaopings. Die Kommunistische Partei hätte gleich 1979, als sich Deng Xiaoping in der Führungsspitze durchsetzte und die Bewegung an der „Demokratiemauer“ für lebhaft politische Debatten sorgte, konkrete Schritte zur Demokratisierung einleiten müssen.

Die Idee, ökonomische Reformen ohne begleitende politische Reformen durchzuführen, sei zum Scheitern verurteilt und könne zu einer für ganz Asien gefährlichen Destabilisierung Chinas führen. China solle ein Mehrparteiensystem einführen. Die Kommunistische Partei solle innerparteiliche Demokratie zulassen und sich nach dem Vorbild der amerikanischen politischen Parteien (sic!) reorganisieren. Das erhöhte Risiko von Arbeiterunruhen aufgrund der gegenwärtigen Restrukturierung im Staatssektor ließ Bao nicht als Grund für eine weitere Verzögerung der Demokratisierung gelten.

Bao, dem gerade erst Ende Mai von der Polizei mitgeteilt worden war, daß nun auch seine politischen Rechte wiederhergestellt seien, sah seine Äußerungen als „Test“ für die politische Meinungsfreiheit chinesischer Bürger. Die Regierungsbehörden reagierten umgehend auf diese Herausforderung, indem sie Bao darauf hinwiesen, daß Gespräche mit ausländischen Journalisten nach den geltenden Bestimmungen von 1990 (Bestimmungen zur Arbeit ausländischer Journalisten und Büros von ausländischen Nachrichtenagenturen) nur nach vorangehender Genehmigung erlaubt seien. Bao mußte daraufhin von weiteren Interviews Abstand nehmen. (NZZ, 11.6.1998) -hei-

8 Zirkular zur Stärkung einer transparenten und demokratischen Dorfverwaltung

Die Hauptbüros des KP-Zentralkomitees und des Staatsrates haben am 18. April dieses Jahres ein gemeinsames Zirkular zur „allgemeinen Durchführung des Systems der Offenlegung dörflicher Angelegenheiten und der demokratischen Verwaltung in den Dörfern“ verbreitet. Der Inhalt des Zirkulars wurde erst am 10. Juni von der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua und am darauf folgenden Tag im Presseorgan des KP-Zentralkomitees veröffentlicht. (XNA, 10.6.1998; RMRB, 11.6.1998)

In dem Dokument werden Partei- und Regierungsorgane „im Geiste des XV. Parteitagess“ dazu aufgerufen, demokratische Offenlegungs-, Aufsichts- und Wahlrechte der dörflichen Bevölkerung zu stärken. Seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wird in Chinas Dörfern mit Direktwahlen der Dorfvorsteher und der Selbstverwaltungsorgane experimentiert. Die Erfahrungen mit den nun fast flächendeckend eingeführten Verfahren der „dörflichen Basisdemokratie“ werden in dem neuen Dokument gebündelt.

Die Offenlegung und Transparenz dörflicher Angelegenheiten (*cunwu gongkai*) – insbesondere in örtlichen Finanz- und Vermögensfragen, aber auch etwa in der Vergabe von Familienplanungsquoten oder Hilfgeldern sowie in der Kritik an Verfehlungen lokaler Kader – ist eines der Kernanforderungen, das in dem Zirkular ausgeführt wird. Nicht nur die gewählten Dorfkomitees, sondern auch die dörflichen Zellen der Kommunistischen Partei sollen einer verstärkten öffentlichen Aufsicht unterzogen werden.

Darüber hinaus sollen die Verfahren der demokratischen Leitung (*minzhu guanli*) durch regelmäßige Versammlungen der Dorfbewohner bzw. derer Repräsentanten sowie durch regelmäßige Bewertungen der Arbeit der Dorfleitung durch die Dorfbewohner gestärkt werden. Eine an schriftlich festgelegten Regeln (*guizhang*) orientierte Verwaltung dörflicher Angelegenheiten sei unabdingbar, um Willkürakte zu unterbinden.

Das Zirkular enthält eine ausdrückliche Warnung vor dem Einfluß ar-

chaischer Clanstrukturen (*zongzu shili*) und illegalen religiösen Aktivitäten, die sich die ländliche Basisdemokratie zunutze machen könnten. Nur unscharf wird ganz zum Schluß auf die experimentelle Ausweitung offener demokratischer Verfahren auf der Gemeindeebene hingewiesen, die Jiang Zemin in seiner Parteitagsrede angedeutet hatte. (C.a., 1997/9, S.859)

Das Dokument ist insgesamt als verbindliche Zusammenfassung der Erfahrungen mit demokratischen Verfahren in Chinas Dörfern zu verstehen, enthält jedoch keine konkreten Weisungen zu weitergehenden Demokratisierungsschritten. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

9 Führungsgruppe für Wissenschaft und Bildung billigt „Programm für die Innovation des Wissens“

Die Chinesische Akademie der Wissenschaften hat im Juni 1998 ein „Programm für die Innovation des Wissens“ (*zhishi chuangxin gongcheng*) vorgelegt, das von strategischer Bedeutung für die Erneuerung der Wissenschaft sein dürfte. Das Programm wurde auf der ersten Sitzung der im Frühjahr gegründeten Führungsgruppe für Wissenschaft und Bildung (vgl. C.a., 1998/3, Ü 22) am 9. Juni grundsätzlich gebilligt. Im Rahmen der Strategie, durch Wissenschaft und Bildung den Aufschwung des Landes herbeizuführen, kommt ihm eine zentrale Bedeutung zu.

Die Politik der gleichzeitigen Förderung von Wissenschaft und Bildung findet nicht nur die aktive Unterstützung von Ministerpräsident Zhu Rongji und seinem Stellvertreter Li Lanqing (beide leiten die Führungsgruppe), sondern auch von Staatspräsident und Generalsekretär Jiang Zemin. Zur Vorgeschichte des neuen Programms wird berichtet, daß Jiang Zemin nach Anhörung eines Untersuchungsberichts der Akademie der Wissenschaften zum Thema „Das Zeitalter

einer auf Wissen gegründeten Wirtschaft willkommen heißen, ein staatliches Innovationssystem errichten“ im vorigen Jahr der Akademie der Wissenschaften im Februar 1998 grünes Licht gab, konkrete Schritte für ein eigenes Innovationssystem zu unternehmen. Jiang formulierte, worüber heute allgemeiner Konsens in Partei und Regierung herrscht: Eine auf Wissen gegründete Wirtschaft (*zhishi jingji*) und ein Bewußtsein für Innovationen seien entscheidend für Chinas Entwicklung im 21. Jahrhundert. Als Ergebnis der Planung legte die Akademie der Wissenschaften das besagte Programm auf der Sitzung am 9. Juni vor. Wenige Tage später wurde das Projekt von der Akademie auf einer Pressekonferenz vorgestellt (vgl. RM-RB, 14.6.98).

Mit dem „Programm für die Innovation des Wissens“ werden die Ziele verfolgt, der Wissenschaftspolitik eine klare Richtung zu geben, die Reform des Wissenschaftssystems zu vertiefen, wichtige Stützpunkte zu errichten, wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden, den Weg für Innovationen freizumachen und die Entwicklung zu beschleunigen. Die Chinesische Akademie der Wissenschaften nimmt als zentrale Wissenschaftseinrichtung die Stellung des wichtigsten Stützpunktes ein, an dem das neue Programm erprobt wird. Das Programm beinhaltet vier wissenschaftspolitische Grundsätze (vgl. GMRB, 14.6.98):

- „Ein Zentrum“: Dieses Zentrum ist die Chinesische Akademie der Wissenschaften, die sich als nationales, auf internationalem Niveau stehendes Zentrum für die Innovation des Wissens in den Naturwissenschaften und in der Hochtechnologie begreift.
- „Zwei Bestandteile“: Bildung eines höchsten staatlichen Beratungsgremiums hinsichtlich Wissenschaft und Technik, das sich zum einen aus einer Reihe von staatlichen Wissenschaftsinstitutionen, zum anderen aus Akademiemitgliedern der Chinesischen Akademie der Wissenschaften zusammensetzt.
- „Drei Hauptaufgaben“: Die Erneuerung des Wissens ist das wichtigste, Verbreitung des Wissens und Umsetzung des Wissens sind gleichermaßen wichtig.

– „Vier strategische Schwerpunkte“: Grundlagenforschung, Forschung von strategischer Bedeutung, für den Staat bedeutsame Aufgaben in Wissenschaft und Technik, Beratung und Dienstleistungen im Bereich Wissenschaft und Technik. Dabei liegen die Schwerpunkte für die Innovation des Wissens auf folgenden Gebieten: Grundlagenforschung von strategischer Bedeutung, innovative Forschung in bezug auf nachhaltige Entwicklung, innovative Forschung in bezug auf strategisch bedeutsame Hochtechnologie und innovative Forschung in bezug auf die vorderste Front in Naturwissenschaften und Großforschung.

Besonderer Nachdruck wird in dem Programm auf die Strukturreform im Wissenschaftsbereich gelegt. Die geplanten Stützpunkte sollen eine Vorreiterfunktion für die Neustrukturierung wahrnehmen und als fachliche und regionale Zentren dienen. Zunächst sind acht derartige Stützpunkte vorgesehen:

- Forschungsstützpunkt für Biowissenschaften in Shanghai
- Forschungsstützpunkt für Werkstoffkunde in Beijing
- Forschungsstützpunkt für Geowissenschaft in Beijing
- Forschungsstützpunkt des Nordwestens für Ressourcen, Umwelt und nachhaltige Entwicklung in Lanzhou
- Forschungsstützpunkt des Südwestens für den Schutz der Lebewesen und der Artenvielfalt in Kunming
- Forschungsstützpunkt für Hochtechnologie in Shanghai
- Forschungsstützpunkt für Informationswissenschaft und -technologie in Beijing
- F+E- Stützpunkt des Nordostens für Hochleistungsmaterialien und fortgeschrittene Fertigungstechnologie in Shenyang

Die Akademie der Wissenschaften betrachtet sich als Zentrum mit nationaler und internationaler Netzwerkfunktion und zugleich als die Institution,

an der die Reform des Wissenschaftsbetriebes am weitesten vorangeschritten ist. So heißt es, sie habe ihre Institute geöffnet, Mobilität des Personals, mehr Wettbewerb, Gutachterverfahren und Entlohnung nach Leistung eingeführt. Zudem sei sie dabei, zukunftsorientiert ein Kontingent an hervorragenden Wissenschaftlern aufzubauen und den Mitarbeiterstab zu reduzieren (insgesamt von ursprünglich 100.000 auf 30.000 bis zum Jahr 2010). Zugleich werden mehr Stellen an Gastwissenschaftler und Postgraduierte vergeben, die eine Größenordnung von 30.000 erreichen sollen.

Die Akademie beabsichtigt, das „Programm für die Innovation des Wissens“ in drei Schritten umzusetzen: In den Jahren 1998 bis 2000 besteht die wichtigste Aufgabe darin, die genannten acht Stützpunkte für die probeweise Arbeit an dem Programm zu errichten. In einem zweiten Schritt (2001-2005) soll das System weiter ausgebaut und die Errichtung eines neuen Systems staatlicher Forschungseinrichtungen im wesentlichen abgeschlossen sein. Die dritte Phase (2006-2010) dient der Verbesserung des Systems; in dieser Phase sollen das Bewußtsein und die Fähigkeit für Innovationen gestärkt werden (ebd.). Überdies betonte Akademiepräsident Lu Yongxiang, daß das Programm eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Technik, Bildungswesen und Betrieben erfordere. Die Akademie werde verstärkt mit Universitäten sowie großen und mittelgroßen Betrieben kooperieren (RM-RB, 14.6.98).

Bei dem „Programm für die Innovation des Wissens“ handelt es sich um ein umfassendes Projekt, mit dem das Ziel verfolgt wird, die verkrusteten Wissenschaftsstrukturen zu überwinden, neue Forschungsschwerpunkte mit neuen Institutionen zu etablieren und die fachlichen Zuständigkeiten neu zu strukturieren. Mit diesem Programm hat sich die Chinesische Akademie der Wissenschaften, die in den vergangenen Jahren zunehmend unter Konkurrenzdruck durch Universitäten und unternehmeninterne F+E-Aktivitäten geraten ist, wieder eine Führungsposition mit koordinierender Funktion erworben. Daß das Programm in enger Abstimmung mit der Führungsgruppe für Wissenschaft und Bildung entstanden ist, un-

terstreicht die Ernsthaftigkeit, mit der die chinesische Regierung ihr Ziel verfolgt, Chinas wirtschaftliche Macht zu stärken. Voraussetzung dafür sind wissenschaftliche Höchstleistungen und ein exzellentes Bildungswesen. Nicht umsonst wird das neuerdings kursierende Schlagwort von der „auf Wissen basierenden Wirtschaft“ (*zhishi jingji*) propagiert.

Wie bekannt wurde, hat die Führungsgruppe für Wissenschaft und Bildung auf ihrer ersten Sitzung beschlossen, eine nationale Konferenz zum Zwecke der landesweiten Unterstützung des Programms zu veranstalten. Außerdem soll eine dritte nationale Bildungskonferenz organisiert werden (XNA, 10.6.98). -st-

10 Neues Personalsystem an der Akademie

Ein wichtiger Punkt bei der Durchführung des „Programms für die Innovation des Wissens“ ist die zukunftsorientierte Ausbildung hervorragenden wissenschaftlichen Nachwuchses. Um diese Aufgabe zu erfüllen, hat die Chinesische Akademie der Wissenschaften verschiedene personalpolitische Maßnahmen ergriffen. Eine der wichtigsten Maßnahmen besteht in der Reduzierung der Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter mit dem Ziel, die Mitarbeiterstruktur zu verjüngen und auf neue Forschungsgebiete auszurichten. Dies geschieht zum einen durch Nichtwiederbesetzung freigewordener Planstellen. Zum anderen wird der Anteil der Mitarbeiter mit lebenslangen Planstellen verringert. Angestrebt sind eine Reduzierung von gegenwärtig 68.000 auf 30.000 feste Planstellen und eine Erhöhung der befristeten Stellen auf 30.000, beides bis zum Jahr 2010 (XNA, 26.6.98; vgl. C.a., 1997/4, Ü 9 und 1998/3, Ü 21). Dies bedeutet, daß bis dahin der Mitarbeiterstab je zur Hälfte zeitlich befristete Stellen und feste Planstellen innehat. Somit erhalten jüngere Wissenschaftler, vor allem Postgraduierte, Doktoranden und Post-doc-Wissenschaftler, die Möglichkeit, sich auf Zeitstellen zu bewähren.

Eine weitere Maßnahme betrifft die gezielte Förderung hervorragender Nachwuchswissenschaftler mit zukunftsorientierter Forschungsausrichtung. Zu diesem Zweck hat die Chinesische Akademie der Wissenschaften

jetzt einen Preis und einen Stiftungsfonds zur Auszeichnung hervorragender Post-Doc-Wissenschaftler eingerichtet. Vorgesehen ist, daß jedes Jahr zehn auf befristeten Stellen an der Akademie arbeitende Post-Doc-Wissenschaftler, die hervorragende Leistungen erbracht haben, mit dem Titel „Hervorragender Post-Doc-Wissenschaftler der Chinesischen Akademie der Wissenschaften“, einer vom Präsidenten der Akademie unterzeichneten Urkunde und einem mit 3.000 Yuan dotierten Preis ausgezeichnet werden. Preisträger, deren befristeter Arbeitsvertrag ausläuft, können vom Akademiepräsidenten aus dem Stiftungsfonds Forschungsmittel erhalten und innerhalb von fünf Jahren nach ihrer Auszeichnung ein aus öffentlichen Mitteln finanziertes Stipendium für ein Fortbildungsstudium im Ausland oder einen Zuschuß zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz erhalten. Auch geeignete Wohnungen sollen für diese Nachwuchswissenschaftler gebaut werden.

Aus einem weiteren Stiftungsfonds der Akademie der Wissenschaften, dem Wang Kuancheng-Stiftungsfonds zur Auszeichnung von Post-Doc-Arbeiten, sollen innovative Forschungsergebnisse in neuen oder übergreifenden Forschungsgebieten, wichtige Ergebnisse anwendungsorientierter Forschung oder Forschung mit gesellschaftlicher Wirkung ausgezeichnet werden. Pro Jahr können etwa fünfzig Post-Doc-Wissenschaftler ausgezeichnet werden, und zwar können sie 20.000 Yuan und eine Ehrenurkunde erhalten.

Was die Schaffung von Post-Doc-Stellen an der Akademie der Wissenschaften betrifft, so gibt es derzeit 73 Einheiten (Institute) mit 80 Stationen, an denen Post-Doc-Wissenschaftler mit Zeitverträgen arbeiten. Gemäß dem „Programm für die Innovation des Wissens“ soll sich die Zahl der Einheiten bis zum Jahr 2000 auf etwa 80 und die der Stationen auf etwa 90 erhöhen. Pro Jahr sollen 600 bis 750 Post-Doc-Wissenschaftler eingestellt werden, so daß es an der Akademie jeweils immer 1.200 bis 1.500 Post-Doc-Stellen gibt. (GMRB, 26.6.98) Demnach erhalten die Post-Doc-Wissenschaftler Zweijahresverträge.

Sowohl das neueingeführte System der Auszeichnung von Jungwissenschaftlern als auch die Einrichtung von befristeten Stellen für Postgra-

duierte und Post-Doc-Wissenschaftler dienen der Schaffung eines Kontingents hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses, aus dem die wissenschaftlichen Führungskräfte für die Zeit nach der Jahrhundertwende rekrutiert werden können. -st-

11 Kritik am Bildungsministerium

Kürzlich soll die in Guangzhou herauskommende „Südchinesische Wochenendzeitung“ (*Nanfeng Zhoumo*) unter Bezugnahme auf einen in der Sichuaner Wissenschaftszeitung (*Sichuan Keji Bao*) erschienenen Artikel berichtet haben, daß Mitglieder des Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes deutlich Kritik am Bildungsministerium geäußert haben. Die Kritik soll beinhaltet haben, die staatliche Bildungskommission sei das konservativste aller Ministerien, und das chinesische Bildungswesen hinke weit hinter der wirtschaftlichen Entwicklung her. Die Äußerung soll bei einem Seminar gefallen sein, das eine Gruppe der Politischen Konsultativkonferenz zum Thema „Wie kann das Bildungswesen mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten?“ gefallen sein. Einhellig soll auf den Ernst der Bildungssituation in China hingewiesen und eine neue Politik hinsichtlich der Bildungsreform gefordert worden sein. Der konservative Charakter der Bildungskommission wurde damit begründet, daß deren Leitprinzipien völlig veraltet seien und die gesamte Konzeption der Kommission noch der Periode der Planwirtschaft und utopischen Idealen verhaftet sei. Die von der Bildungskommission propagierte Gleichheit im Bildungswesen sei weit entfernt von der Realität und könne erst in ein- oder zweihundert Jahren erreicht werden. Aufgrund der unrealistischen Betonung gleicher Bildungschancen würden Hochschulzugang, Spezialisierungen, Lehrmaterial und Lehrpläne einheitlich vom Staat verwaltet und kontrolliert. Dies führe dazu, daß die Aufgabe der Schule in ihr Gegenteil verkehrt würde. Die Schulen könnten nämlich nur sog. „Fachleute“ produzieren, denen es an Kreativität mangle, die zwar gute Zensuren erlangen könnten, sich in der Praxis aber schlecht bewährten und unfähig seien, sich dem Wettbewerb der modernen Gesellschaft zu

stellen. Aufgabe des Bildungswesens sei es, den wachsenden Bedarf der Gesellschaft an Schulbildung zu befriedigen, nicht ihn einzudämmen, wie es in China der Fall sei. Da das staatliche Monopol über das Erziehungswesen nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt habe, seien eine Lockerung der Bildungspolitik und eine Mobilisierung der Gesellschaft, Schulen zu betreiben, erforderlich. (Vgl. *Nanfeng Zhoumo*, 19.6.98, nach SWB, 26.6.98)

Die Kritik muß vor dem März 1998 geäußert worden sein, denn es ist von der Bildungskommission die Rede, die im März in ein Ministerium umgewandelt wurde. Dessenungeachtet ist die Kritik teilweise berechtigt, und zwar vor allem im Hinblick auf die staatliche Regulierung aller Bildungsbereiche. Abgesehen von der einheitlichen Planung der Lehrbücher für alle Schulstufen, die wenig Raum für örtliche Besonderheiten und Anforderungen läßt, werden Privatinitiativen häufig durch staatliche Regulierung unterdrückt, obwohl gerade von privater Seite schneller und flexibler auf den aktuellen Bedarf an Bildung und Ausbildung reagiert werden kann. Auch im tertiären Bildungsbereich, angefangen vom Hochschulzugang, sind die staatlichen Einwirkungen immer noch überaus stark. Dennoch ist die Kritik in mancherlei Hinsicht nicht mehr ganz berechtigt, denn es ist zu berücksichtigen, daß das Bildungswesen derzeit unter der neuen Regierung einen Reformschub erfährt, dessen Ergebnisse noch nicht abzusehen sind. Mit Sicherheit wird es zu größerer Autonomie im Hochschulbereich kommen, da sich der Staat aus finanziellen Zwängen heraus mehr und mehr aus der Finanzierung der Hochschulen zurückziehen muß. Je mehr die Provinzen sich an den Kosten für die Universitäten beteiligen, um so mehr Rechte werden sie einfordern. Ebenso werden die lokalen Regierungen verstärkt eigene Befugnisse hinsichtlich ihres Schulwesens verlangen, um dieses den örtlichen Gegebenheiten anzupassen.

Kritik am Bildungswesen ist heutzutage in China weitverbreitet. Doch in der Regel werden Mißstände angeprangert, während Kritik an der zuständigen zentralen Behörde eher selten ist. -st-

12 Personaleinsparungen an den Universitäten

Viele Universitäten Chinas befinden sich in akuter Finanznot. Obwohl die chinesische Regierung ihnen mehr finanzielle Unterstützung verspricht, werden die Zuwendungen staatlicherseits nicht erhöht. Dies dürfte sich nach Meinung von Experten auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Hinzu kommt, daß aufgrund der Finanzkrise in Asien viele Spenden ausbleiben. In dieser Situation sind die Hochschulen zu einem strikten Sparkurs gezwungen. Einsparungen sind vor allem beim Verwaltungspersonal möglich. An führenden Universitäten wie z.B. der Qinghua-Universität ist das Verwaltungspersonal zahlenmäßig genauso umfangreich wie der Lehrkörper und liegt damit weit über dem internationalen Standard. Da die Verwaltungskosten an vielen Universitäten die Etats sprengen, will man jetzt das Verwaltungspersonal drastisch reduzieren. Dabei soll es nicht nur um diejenigen gehen, die die tägliche Verwaltungsarbeit leisten, sondern auch um die große Anzahl von Parteikadern, wie ein Professor der Beijing-Universität verlauten ließ. Kader sollten entweder konstruktive Arbeit leisten oder von den Universitäten entlassen werden. (SCMP, Internet ed., 23.6.98) -st-

13 Aufnahme von 60 Universitäten ins „Projekt 211“

Das sog. „Projekt 211“, das 1995 vom Staatsrat mit dem Ziel beschlossen worden war, 100 Universitäten zu Spitzenuniversitäten mit Weltniveau auszubauen (vgl. C.a., 1995/11, Ü 18), damit sie im 21. Jahrhundert mit den besten Universitäten der Welt konkurrieren können, ist jetzt in seine konkrete Arbeitsphase eingetreten. Wie das Bildungsministerium im Juni bekanntgab, sind jetzt etwa sechzig Universitäten für das Projekt ausgewählt worden. Das „Projekt 211“ ist das einzige Bildungsprogramm auf einer Liste von insgesamt 117 staatlichen Schwerpunktprogrammen für das Jahr 1998. Nach Auskunft des Ministeriums erhalten im Rahmen des Projekts insgesamt 350 Schwerpunktfächer an den sechzig Universitäten finanzielle Zuwendungen für ihren Ausbau und ihre Modernisierung. Außerdem wurden Mittel für die Einrichtung ei-

nes elektronischen Bildungsnetzwerkes und Dokumentationssystems bereitgestellt, die die Universitäten landesweit vernetzen sollen. Aufnahme in das Projekt fanden vor allem die prestigereichen Universitäten wie die Beida und die Qinghua-Universität, aber auch eine große Anzahl von Provinzuniversitäten. Auch die wissenschaftlich-technische Universität für nationale Verteidigung wurde ausgewählt. Angeblich investiert die Regierung bis zum Jahr 2000 gut 13 Mrd. Yuan in das Projekt; damit soll es die größte Investition sein, die seit 1949 im Bildungssektor getätigt wurde. (XNA, 23.6.98)

Seit das „Projekt 211“ beschlossen wurde, haben sich alle großen und namhaften Universitäten in Konkurrenz zueinander um Aufnahme in das Projekt bemüht und sich entsprechend vorbereitet. So haben sie ihre Ausstattung verbessert und ihre Labore modernisiert, ihre Forschungstätigkeit intensiviert und internationalem Standard anzupassen versucht sowie ihre Kapazitäten ausgeweitet. Eine ganze Reihe von Institutionen hat versucht, ihre Position durch Zusammenlegung mit anderen Universitäten und Hochschulen zu stärken. In jedem Fall mußten alle Bewerber ein umfangreiches Begutachtungsverfahren durchlaufen, bevor sie für das Projekt ausgewählt wurden. Die Begutachtung ist noch nicht abgeschlossen, denn insgesamt sollen einmal 100 tertiäre Bildungsinstitutionen zu dem Kreis der besten Universitäten zählen. Dies wird sicherlich erst nach der Jahrhundertwende der Fall sein.

Nicht bekanntgegeben wurde, welche Universitäten außer den beiden genannten bisher ausgewählt wurden. Es ist anzunehmen, daß ein hoher Anteil auf die bisherigen Schwerpunktuniversitäten fällt, deren Zahl bei knapp 100 lag. Der Begriff „Schwerpunktuniversitäten“ wird jedoch kaum noch verwendet, und es ist unklar, wie weit diese überhaupt noch bestehen. Wahrscheinlich ist, daß sie im Zuge der Neustrukturierung der Hochschul Landschaft obsolet werden. Sie dürften durch die Mitgliedsuniversitäten im „Projekt 211“ abgelöst werden, die nunmehr die neuen Eliteuniversitäten sind. Die Schwerpunktinstitutionen, die übrigens auch im Primar- und Sekundarschulbereich abgeschafft werden, waren eine Erscheinung des plan-

wirtschaftlichen Systems. Sie dienten vorwiegend der Bildung und Ausbildung der Eliten dieses Systems. Demgegenüber müssen die modernen Universitäten neue, zukunftsorientierte Aufgaben wahrnehmen, d.h. von ihnen müssen neue Impulse in Forschung und Lehre ausgehen, und sie müssen sich mit den besten Universitäten der Welt messen können, wenn China seinen Anspruch, im 21. Jahrhundert zu den wichtigsten Wissenschaftsmächten zu gehören, wahr machen will. Die Kriterien für die Zugehörigkeit zu den neuen Spitzenuniversitäten sind andere als es diejenigen für die herkömmlichen Schwerpunktuniversitäten waren. Insofern ist zu vermuten, daß durchaus nicht alle der ehemaligen Schwerpunktuniversitäten zur Teilnahme am „Projekt 211“ ausgewählt werden, sondern auch bisher nicht bevorzugte Institutionen das Begutachtungsverfahren aufgrund ihrer Forschungsleistung und -kapazität sowie aufgrund ihrer Ausstattung und Infrastruktur bestehen. -st-

14 Zwanzig Jahre Auslandsstudium

Am 23. Juni war es zwanzig Jahre her, daß Deng Xiaoping öffentlich erklärte, es müßten mehr Studenten zum Studium ins Ausland geschickt werden. Er hatte gesehen, daß China für lange Zeit nicht in der Lage sein würde, die für die Modernisierung dringend benötigten Fachkräfte allein auszubilden. Seitdem hat sich die Zahl der chinesischen Auslandsstudenten stetig erhöht, und die Politik, Studenten ins Ausland zu schicken, sich von den anfänglichen Beschränkungen gelöst. Heute ist das Auslandsstudium zu einem festen und unverzichtbaren Bestandteil der tertiären Bildung geworden.

In den zwanzig Jahren seit 1978 hat China fast 300.000 Studenten ins Ausland geschickt. Von diesen wurden knapp 50.000 mit staatlichen Stipendien und über 90.000 aus Mitteln öffentlicher Institutionen finanziert. Der größte Anteil, nämlich über 150.000, waren Selbstzahler. Unter den gut einhundert Zielländern rangieren die Vereinigten Staaten mit über der Hälfte aller Auslandsstudenten (laut XNA, 24.6.98 bis Ende 1997 insgesamt 163.100) weit vorn. An zweiter Stelle steht Japan, sodann

folgen Kanada, Australien, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Rußland. (GMRB, 28.6.98, S.4)

Das schwierigste Problem aus der Sicht der chinesischen Regierung war von Anfang an, daß ein großer Teil der Auslandsstudenten nicht fristgerecht oder gar nicht nach China zurückkehrte. Vor Einführung einer Neuregelung im Januar 1996 war eine Rückkehrerquote von nur etwa 30 Prozent üblich. Nach der neuen Regelung müssen Auslandsstudenten sich vertraglich zur Rückkehr verpflichten, Bürgen angeben und eine Kautions von bis zu 50.000 Yuan hinterlegen, bevor sie ihr Studium im Ausland antreten (vgl. C.a., 1996/1, Ü 16). Durch diese Maßnahme soll die Rückkehrerquote deutlich angestiegen sein (vgl. C.a., 1997/8, Ü 9). Wer seine vertragliche Verpflichtung nicht einhält und nicht innerhalb der gesetzten Frist nach China zurückkehrt, muß das Stipendium zurückzahlen und überdies Strafe zahlen. Bis Ende 1997 waren nach der neuen Regelung 1.135 Auslandsstudenten mit öffentlichen Mitteln ins Ausland geschickt worden, von denen 90 Prozent fristgerecht zurückgekehrt sein sollen (GMRB, 28.6.98). Diese Angaben beziehen sich jedoch nur auf die beiden Jahre 1996 und 1997. Auf die Gesamtzahl der Auslandsstudenten der vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich die steigende Rückkehrerquote noch nicht nachhaltig ausgewirkt. Hier wird immer noch von nur 100.000 Rückkehrern gesprochen (ebd.), d.h. bisher ist ein Drittel zurückgekehrt.

Dennoch wird heute die Politik, Studenten im Ausland studieren zu lassen, allgemein bejaht und die Wirkung des Auslandsstudiums positiv bewertet, insbesondere in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern. Hier hätten Lehre und Forschung durch die zurückgekehrten Auslandsstudenten teilweise internationales Niveau erreicht; auch hinsichtlich der Umsetzung und Verbreitung neuer Technologien auf dem Markt würden durch sie gute Ergebnisse erzielt. Wissenschaftler in herausragenden Positionen hätten zu einem großen Teil im Ausland studiert. So seien über 50 Prozent der Akademieglieder der Akademie für Ingenieurwissenschaften ehemalige Auslandsstudenten, und über die Hälfte aller Nachwuchswissenschaftler, die besonders gefördert werden, Preise erhal-

ten oder an den verschiedenen Wissenschaftsprogrammen beteiligt sind, seien ebenfalls zurückgekehrte Auslandsstudenten (ebd.).

Die positive Bewertung der Auslandsstudenten ist auch ein Beleg für den grundlegenden Wandel und die Öffnung nach außen, die sich in den vergangenen zwanzig Jahren vollzogen haben. Derzeit befinden sich rund 200.000 sog. Auslandsstudenten im Ausland. Diese werden heute als ein „wertvolles Gut“, eine „wichtige intellektuelle Ressource“ und eine „wertvolle Kraft für den Aufbau des Staates“ bezeichnet (ebd.). -st-

15 Probleme bei Finanzierung des Bildungswesens

Eines der großen und bisher unge lösten Probleme bei der Umsetzung der Bildungsreformen sind die unzureichenden Finanzen. Obwohl im Bildungsgesetz vom März 1995 festgelegt ist, daß der Anteil der öffentlichen Zuwendungen für das Bildungswesen am Bruttosozialprodukt entsprechend der volkswirtschaftlichen Entwicklung bis zur Jahrhundertwende auf allen Ebenen schrittweise angehoben werden soll, wird diese Verfügung nur von den wenigsten Lokalregierungen eingehalten. Zwar ist im Bildungsgesetz kein fester Prozentsatz des BSP genannt worden, aber der Staatsrat hat inzwischen verfügt, daß der für Bildung bestimmte Anteil am BSP bis zum Ende des Jahrhunderts auf 4 Prozent steigen muß. Tatsächlich aber ist in den drei Jahren seit Erlass des Bildungsgesetzes nur in vier Einheiten auf Provinzebene der Bildungsetat in jedem der drei Jahre stärker erhöht worden als die Einnahmen der Finanzbehörden in den betr. Einheiten anwachsen, nämlich in Tianjin, Jiangxi, Hunan und Yunnan. Die Bilanz sieht für die einzelnen Jahre verschieden aus. Im Jahre 1995 haben sich 16 Provinzen nicht an die Bestimmung gehalten, den Bildungsetat stärker zu erhöhen als die öffentlichen Finanzeinnahmen steigen; im Jahre 1996 waren es sogar 21! Etwas besser sah die Situation für das Jahr 1997 aus. In diesem Jahr schafften es 12 Provinzen, ihren Bildungsetat vorschriftsgemäß zu erhöhen, d.h. 18 (oder 19, wenn Chongqing, das 1997 Provinzstatus erhielt, schon mitgezählt wurde) Provinzein-

heiten verfehlten das Ziel. (Vgl. RMRB, 12.6.98, S.5)

Daß die öffentlichen Haushalte, einschließlich des Staatshaushalts, ihre Bildungsetats nicht vorschriftsmäßig erhöhen, wird als Hauptgrund dafür gesehen, daß im Bildungssektor seit Jahren nicht genug investiert wird. Verantwortlich gemacht werden die unsachgemäßen Finanzverwaltungen aller Ebenen. Am Anfang des Jahres, so heißt, schenken sie der Erhöhung der Bildungsetats noch Aufmerksamkeit, aber wenn dann im Laufe des Jahres die Einnahmen stiegen, würden die Bildungsetats nicht mehr bedacht, was dazu führe, daß diese sehr häufig niedrigere Zuwachsraten zu verzeichnen hätten als die Einnahmen der jeweiligen Finanzämter. Angeprangert wird auch, daß die für das Bildungswesen bereitgestellten Mittel vielfach nicht effektiv genug eingesetzt werden.

Angesichts dieser Lage hat die chinesische Regierung jetzt eine neue Initiative ergriffen, um die Investitionen im Bildungsbereich sicherzustellen. Im Mai 1998 hat das Allgemeine Büro des Staatsrats das Finanzministerium in einem Zirkular angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß die Etats für Bildung und Wissenschaft richtig aufgestellt und die rechtzeitige Zuweisung der Lehrergehälter vorgenommen wird (ebd.). In dem Zirkular sind strengere Bestimmungen zur Sicherstellung vermehrter Investitionen in den Bildungssektor enthalten. Das Problem der Rückstände bei Lehrergehältern, das seit den achtziger Jahren besteht, soll sich in den letzten Jahren wieder verschlimmert haben. Insgesamt sollen die Rückstände eine Höhe von 100 Mio. Yuan erreicht haben (SCMP, Internet Ed., 13.6.98). Für die Zentralregierung ist es sehr schwer, dem Problem beizukommen, weil die örtlichen Regierungen keine genauen Angaben darüber machen, wofür sie die fürs Bildungswesen bestimmten Mittel verwendet haben und wie hoch die Rückstände bei den Lehrergehältern sind.

Die Frage ist, was die Regierung tun kann, um die Bestimmungen des Zirkulars durchzusetzen. Dazu wurde der stellvertretende Finanzminister in einem Interview in der *Volkszeitung* (RMRB, 16.6.98, S.5) befragt. Dem Vizeminister zufolge muß das Problem der unzureichenden Finanzen für

Bildung und Wissenschaft von zwei Seiten angegangen werden: Auf der einen Seite müssen die Finanzbehörden möglichst viel in die beiden Bereiche investieren, auf der anderen Seite muß die Reform des Bildungs- und Wissenschaftssystems voranschreiten und die Ausgabenstruktur verbessert werden. Letzteres beinhaltet auch eine verschärfte Kontrolle der Finanzverwaltungen aller Ebenen. Die Kontrolle habe sich auf die Ausgabenpolitik des gesamten Jahres zu beziehen, nicht nur auf die Haushaltsansätze zu Jahresbeginn. Nur so könne kontrolliert werden, ob die Etats für Bildung und Wissenschaft tatsächlich stärker wachsen als die Einnahmen der Finanzämter. Außerdem müsse auf größte Ausgabendisziplin geachtet werden, damit Erscheinungen wie Veruntreuung, Abzweigung und Verschwendung von Mitteln unterbunden und die Mittel effektiv eingesetzt würden. Dabei hätten die höheren Verwaltungsebenen die niedrigeren zu kontrollieren und rechtzeitig einzugreifen. Natürlich hänge alles von der wirtschaftlichen Entwicklung ab und davon, daß die Finanzämter mehr einnähmen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung in der Lage ist, die Kontrollmechanismen so zu verbessern, daß die Bildungs- und Wissenschaftshaushalte tatsächlich vorschriftsmäßig erhöht werden. Nur wenn dies gelingt, kann die Regierung ihre Strategie, daß Wissenschaft und Bildung dem Land den Aufschwung bringen sollen, erfolgreich durchsetzen. -st-

16 Zusammenschlüsse im Pressebereich

In China vollzieht sich seit 1995 ein Konzentrationsprozeß im Zeitungswesen. In letzter Zeit haben mehrere große Zeitungen neue Blätter gegründet oder aufgekauft, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Partei trägt dieser Entwicklung Rechnung, indem sie die Gründung von Zeitungsgruppen (*baoye jituan*) billigte, allerdings zunächst nur auf Versuchsbasis. In jedem Fall hat eine Parteizeitung, sei es auf nationaler, Provinz- oder Stadtebene, die Führung inne.

Die spektakulärste Gründung eines Presseimperiums erfolgte jetzt bei einer der großen überregionalen Tageszeitungen Chinas, der *Guangming ribao*. Das in Beijing ansässige Blatt

wurde vor gut fünfzig Jahren gegründet und richtete sich hauptsächlich an Intellektuelle. Die Zeitung berichtet heute aus rund sechzig Niederlassungen im In- und Ausland. Sie untersteht dem ZK der KPCh, ist also eine Parteizeitung, die von der ZK-Propagandaabteilung kontrolliert wird. Zur *Guangming-Zeitung* gehören derzeit drei weitere Zeitungen (*Wenzhai bao*, *Zhonghua dushu bao*, *Shenghuo shibao*) und drei Zeitschriften (*Shuzhai*, *Bolan qunshu*, *Kaoshi*). Außerdem engagiert sich das Unternehmen im Verlags- und Druckereigeschäft, in der Werbebranche, auf dem Gebiet elektronischer Informationsdienste, im Immobiliensektor und in Bildungsaktivitäten für die Gesellschaft.

Anlässlich der Gründungszeremonie erläuterte der stellvertretende Chef der Propagandaabteilung Xu Guangchun die diesbezügliche Politik der Partei. Bei der Gründung einer Zeitungsgruppe sei es unbedingt nötig, daß die Führung durch eine Parteizeitung übernommen werde, das sei erforderlich, um die Pressearbeit der Partei zu stärken, um die Reform und Entwicklung des Pressewesens voranzutreiben und um dieses an die Gegebenheiten der „sozialistischen Marktwirtschaft“ anzupassen. Ziel solcher Zusammenschlüsse bei den Printmedien sei es, den Einfluß und die Wirtschaftskraft der Parteizeitungen zu stärken und deren führende Position im Nachrichten- und Propagandawesen sicherzustellen. (GMRB, 9.6.98) Diese Zielsetzungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Zum einen will die Partei ihre Kontrolle über die Medien behalten, d.h. die Pressezensur bleibt bestehen. Zum anderen sollen die Auflagenzahlen der Parteizeitungen, deren Leserzahlen seit Jahren rückläufig sind, steigen. Nur wenn die Parteiblätter auch wirtschaftlich potent sind, können sie ihre Vormachtstellung behaupten. Durch die neuen Konglomerate im Pressewesen wird also die bestehende Parteilichkeit der Presse nicht berührt, ihr Hauptzweck liegt vielmehr in der Stärkung ihrer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Gleichzeitig mit der *Guangming-Zeitung* war im Juni ein zweiter Zusammenschluß bekannt geworden: Die *Wirtschaftszeitung* (*Jingji ribao*), die auch in Beijing erscheint, gründete

ebenfalls eine Zeitungsgruppe. Das 1983 gegründete Blatt, das dem Staatsrat untersteht, ist eine überregionale Zeitung, die vornehmlich Wirtschaftsnachrichten bringt. Sie besitzt mehrere Zeitungen und Zeitschriften, darunter die *Zhongguo huahui bao*, *Zhongguo fuzhuang bao*, *Zhongguo qiyejia* und *Zhongguo jingji xinwen*. Die *Wirtschaftszeitung* soll sich ferner um den Kauf der *Nanchang wanbao* (*Nanchanger Abendzeitung*) und der Hongkonger Zeitung *Ching Chi Tao Pao* bemüht haben. (Vgl. *Ming Pao*, Hongkong, 10.4.98, nach SWB, 22.4.98; XNA, 9.6.98.) Inwieweit die Bemühungen erfolgreich waren, ist nicht bekannt.

Die genannten Zusammenschlüsse sind nicht die ersten Zeitungsgruppen in China. Der Anfang wurde im Jahre 1995 in der Provinz Guangdong mit der Gründung der *Guangzhou ribao*-Zeitungsgruppe gemacht (SCMP, Internet Ed., 10.6.98). Im Mai dieses Jahres erhielten die *Nanfeng ribao*, das Parteiorgan der Provinz Guangdong, und die Guangzhouer Abendzeitung *Yangcheng wanbao* die Genehmigung, jeweils eine eigene Zeitungsgruppe zu etablieren (*Nanfeng ribao*, 19.5.98, nach SWB, 2.6.98; XNA, 9.6.98). Diese drei großen Guangzhouer Zeitungen sollen in einem harten Konkurrenzkampf zueinander stehen (*Ming Pao*, Hongkong, 6.2.98, nach SWB, 7.2.98), so daß anzunehmen ist, daß ihre Expansion aus Wettbewerbsgründen erfolgte.

Übrigens soll die *Volkszeitung* (*Renmin ribao*), die ebenfalls mehrere andere Zeitungen besitzt, als erstes Presseorgan versucht haben, ein Konglomerat zu gründen. Aufgrund der besonderen Rolle dieses Blattes als offizielles Organ der KPCh wurde dieses Ersuchen jedoch vorerst von der Partei abgelehnt (*Ming Pao*, Hongkong, 10.4.98, nach SWB, 22.4.98). -st-

Außenwirtschaft

17 Wirtschaftliche Dimensionen der Clinton-Reise

Obwohl die Reise von US-Präsident Clinton im Zeichen der amerikanischen Botschaft von Demokratie und

Menschenrechten stand, sollten die wirtschaftlichen Dimensionen der Reise nicht unterbewertet werden. Die US-Regierung signalisierte mit der Reise von Clinton, daß China nicht nur im sicherheitspolitischen Bereich als Partner eine wichtige Rolle spielen sollte, sondern inzwischen auch eine herausragende wirtschaftliche Bedeutung für die USA hat. Kontroverse Positionen wurden beim Clinton-Besuch durchaus offenbar, scheinen jedoch eine Annäherung nicht zu behindern. Da die Reise nach China in den USA von heftiger Kritik der Opposition begleitet war, die u.a. sowohl Zeitpunkt (Juni) als auch Orte der Begegnung (Clinton auf dem Tiananmen-Platz) beklagten, sind allerdings die wirtschaftlichen Aspekte der Reise bewußt nicht in den Vordergrund gespielt worden. Offensichtlich wollte sich die Regierung keinen zusätzlichen Vorwürfen aussetzen, daß ökonomische Interessen Fragen wie Menschenrechte und Demokratie übergeordnet würden.

Daß eher die politische Annäherung Schwerpunkt der Clinton-Reise sein sollte, wurde bereits mit der Zusammensetzung der Delegation demonstriert. So waren keine hochrangigen Unternehmensvertreter in der Delegation mitgereist, und viele Geschäftsabschlüsse wurden vor Clintons Eintreffen in China getätigt. (NZZ, 27./28.6.98) Dennoch wurden einige wichtige Verträge und Abkommen unterzeichnet, die die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiter intensivieren werden. Ersten Veröffentlichungen zufolge sollen sieben Verträge und Vereinbarungen mit einem Volumen von rd. 2 Mrd. US\$ abgeschlossen worden sein. (NfA, 30.6.98) Hierzu zählen insbesondere:

Kauf von Flugzeugen:

Abschluß eines Kaufvertrages mit Boeing über zehn Flugzeuge vom Typ 737 mit einem Verkaufswert von rd. 400 Mio. US\$. Über den Kauf weiterer 17 Flugzeuge im Werte von 800 Mio. US\$ wurde eine Absichtserklärung von beiden Seiten unterzeichnet. Lediglich der Kauf der zehn Flugzeuge ist ein neuer Abschluß, da die Zusagen für den Kauf der übrigen Flugzeuge bereits bei dem Besuch von Jiang Zemin in den USA im Oktober 1997 im Vertragspaket von rd. 3 Mrd. US\$ inbegriffen waren. (IHT, 30.6.98)

Ursprünglich hatte Boeing einen Abschluß erwartet, der den verbindlichen Kauf einer wesentlich größeren Anzahl von Flugzeugen eingeschlossen hätte. Als Gründe für den eher bescheidenen Abschluß sehen Analysten die schwierige Situation vieler inländischer Fluglinien. Die Gesamtverluste der elf Fluglinien betragen offiziellen Statistiken nach im 1. Quartal 1,7 Mrd. Yuan (205 Mio. US\$). Die Asienkrise soll die Erwartungen der Fluglinien für dieses Jahr deutlich verschlechtert haben. (AWSJ, 23.6.98) Nach Schätzungen von Boeing wird die Asienkrise das gesamte Asiengeschäft beeinträchtigen. Das Unternehmen rechnet damit, daß in den nächsten fünf Jahren 150 Flugzeugaufträge weniger aus Asien kommen werden, Boeing selbst geht von einer Auftragseinbuße von rd. 60 Flugzeugen in den nächsten drei Jahren aus. (AWSJ, 19./20.6.98) Nach Angaben von Zeng Peiyan von der Staatlichen Planungskommission hat China bisher insgesamt 387 Flugzeuge von den Unternehmen Boeing und McDonnell Douglas bestellt. (16.6.98)

Kooperation im Automobilssektor:

Kurz vor dem Clinton-Besuch wurde eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Automobilssektor zwischen General Motors (GM) Corp. und FAW Jinbei Automotive Co. bei der gemeinsamen Produktion von Chevrolet-Sportfahrzeugen und Kleinbussen in Shenyang (Provinz Liaoning) vereinbart. Das Joint Venture-Projekt hat ein Volumen von 230 Mio. US\$. Im Gemeinschaftsunternehmen Jinbei GM Automotive Co. soll im Jahre 2000 die Produktion aufgenommen werden. Im ersten Jahr sollen 4.000 Fahrzeuge und dann schrittweise nach Marktlage bis zu 50.000 Fahrzeuge hergestellt werden.

Das chinesische Partnerunternehmen FAW Jinbei Automotive war 1995 aus dem Zusammenschluß der Jinbei Automotive Co. und der First Auto Works hervorgegangen. Bei dem neuen Joint Venture handelt es sich um die Umstrukturierung eines mit Jinbei 1992 abgeschlossenen Gemeinschaftsunternehmens. Aufgrund der Veränderungen in Chinas Automobilindustrie, z.B. der Zusammenschluß von FAW und Jinbei, mußte GM seine frühere Vereinbarung neu organisieren. Damit verbunden ist eine Aufstockung der Investitionen von GM, die anfänglich